

# SCHWEIZ

## **Bundespräsidentin und Ministerin für Berufsbildung**

### **Doris LEUTHARD**

Geboren 1963; ausgebildete Rechtsanwältin  
Verheiratet

Als Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) ist sie Bundesrätin eines der sieben Mitglieder des Bundesrates, der Exekutive der Schweiz. Sie ist 2010 Bundespräsidentin.

Das EVD ist das Kompetenzzentrum der Schweizer Regierung für alle Kernbelange im Zusammenhang mit Wirtschaftsangelegenheiten und Handelspolitik. In der Eigenschaft als Vorsteherin des EVD ist sie verantwortlich für die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation. Während die Schweiz ihre außenwirtschaftspolitische Priorität auf den Multilateralismus legt, verfolgt sie ihre besonderen Interessen mit bilateralen Freihandelsabkommen. Auf nationaler Ebene besteht das Ziel des EVD in der Schaffung eines Regulierungsrahmens und von wirtschaftspolitischen Bedingungen, den schweizerischen und in der Schweiz ansässigen ausländischen Unternehmen das Gedeihen ermöglichen.

Als EVD-Vorsteherin ist sie auch verantwortlich für Arbeit, Berufsbildung, Technologie und Innovation. Ein Hauptziel ist es, mit flexiblen Arbeitsmarktbedingungen ein günstiges Umfeld zur Gründung von Arbeitsplätzen zu schaffen. Eine andere Politikpriorität ist der einfachere Arbeitsmarktzugang für junge Frauen und ältere Arbeitnehmer.

Darüber hinaus gehören das Bundesamt für Landwirtschaft und das Bundesamt für Veterinärwesen zum EVD. Mit der «Agrarpolitik 2011» will sie als EVD Vorsteherin die Schweizer Landwirtschaft wettbewerbsfähiger machen, indem sie unter Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung immer stärker den Anforderungen des freien Markts geöffnet werden soll.

Vor der Übernahme ihrer Position als Vorsteherin des EVD am 1. August 2006 war sie während sieben Jahren Mitglied des Nationalrats sowie seit 2004 Präsidentin der Christlichdemokratischen Volkspartei. Während ihrer Zeit als Nationalrätin war sie Mitglied der folgenden Kommissionen: Rechtskommission, Staatspolitische Kommission, Gerichtskommission sowie Kommission für Wirtschaft und Abgaben.